

CDU und Grüne fordern Alternativen zur B239n

In einem Schreiben an die angehende Landesregierung schlägt man Lösungen vor.

Bad Salzuflen. Während in Düsseldorf die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und Grünen zur neuen Landesregierung laufen, schalten sich dazu auch die Salzufler ein. Die Ratsfraktionen von CDU und Grünen haben gemeinsam mit Bürgermeister Dirk Tolkemitt (CDU) einen Brief an die Landesvorstände beider Parteien formuliert, in dem sie ihre Position zur B239n verdeutlichen möchten und darum bitten, „alle noch nicht planfestgestellten Streckenabschnitte der B239 in der Planung zurückzustellen und stattdessen digitale und kleinere bauliche Lösungen zur Verbesserung der Verkehrsführung zu prüfen und diese umzusetzen.“

Seit mehreren Jahrzehnten wird der Aus- und Neubau der B239 von der Anschlussstelle der A2 bis nach Detmold geplant. Ein erster Abschnitt mit einer Länge von gut fünf Kilometern von der A2 bis an der Salzufler Stadtrand steht kurz vor der Baufreigabe. Daran werden sich weitere Bauabschnitte anschließen. „Überplanungen des Umweltzentrum Heerser Mühle, von Wald und Wiesen, Schutzgebieten sowie Ackerflächen stehen an und werden sich noch 10 bis 15 Jahre hinziehen“, heißt es in dem Schreiben. „Dem Problem des aktuell hohen Verkehrsaufkommens verbunden mit vielen Staus auf der Be-

standsstrecke Richtung Lage und Detmold wird damit nicht Rechnung getragen.“ Allerdings sehe man kurzfristig wichtige Ansatzpunkte, um den Verkehrsfluss besser zu lenken. „Beispielsweise ist die grüne Welle in den Ampelschaltungen seit zehn Jahren nicht mehr gegeben oder eine Fußgängerampel hemmt den Verkehr auf der Bundesstraße.“

Daher wünschen sich CDU und Grüne „die Umsetzung alternativer, digitaler Lösungen

Moderne Technik, kleine Maßnahmen

zur Verbesserung der Verkehrsflüsse, welche den Straßenneubau möglichst überflüssig werden lassen.“ Die Bestandsstrecke sollte möglichst mit moderner Technik und kleineren baulichen Maßnahmen wie Fußgängerbrücken oder getrennte Rechtsabbiegerfahrbahnen optimiert werden. „Die Umsetzung wäre deutlich schneller möglich, Ressourcen werden gespart und es ergibt sich ein CO₂-Einsparungseffekt“, so CDU und Grüne. Dadurch könne man größere Erfolge erzielen als durch den Neubau.